

Offene Worte

Online Nr. 130

Zeitung der LINKEN für den Barnim 29. Sept. 2021, 31. Jahrg.

39 Abgeordnete der LINKEN im Bundestag

Bitteres Wahlergebnis am 26. September/Parteivorsitzende: Partei neue entwickeln.
Zwei Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg: Christian Görke und Anke Domscheit-Berg.

Am Montag traten Bundesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der LINKEN gleich früh vor die Presse. Denn ihr Ergebnis ist bitter, an der Situation gibt es nichts zu beschönigen: 4,9 Prozent bundesweit, hohe Verluste in den ostdeutschen Bundesländern. Der Einzug in den Bundestag mit nur noch 39 Abgeordneten. Gesichert wurde dies durch drei Direktmandate.

Aus Brandenburg ziehen die beiden Erstplatzierten der Landesliste in den Bundestag ein: Christian Görke und Anke Domscheit-Berg.

Die jahrelange Zerstrittenheit machte Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender, als einen Grund aus. Zwar habe sich seit dem neuen Führungsduo mit Janine Wissler und Susanne Henning-Wellsow vieles zum Positiven verändert, „aber das habe sich wohl noch nicht

rumgesprochen“, erklärte Bartsch. Parteivorsitzende Janine Wissler betonte, dass viele Forderungen der LINKEN gesellschaftliche Mehrheiten hätten, zum Beispiel, dass Krankenhäuser in öffentliche Hand gehören, dass es eine Vermögenssteuer geben müsse und eine andere Mietpolitik. „Warum sich das nicht im Wahlergebnis niedergeschlagen hat, müssen wir herausbekommen“. Co-Vorsitzende Susanne Henning-Wellsow betonte bereits am Wahlabend, dass DIE LINKE die „Fehler in den letzten Jahren“ erkennen und „die Partei neu entwickeln“ müsse.

Eine erste Analyse am 27. September von Horst Kahrs für die Rosa-Luxemburg-Stiftung beschreibt einige Fehler der LINKEN. So sei der Führungswechsel zu spät gekommen, sei es angesichts der

„Wagenknecht“-Debatten nach außen nicht klar geworden, wer eigentlich für die Partei spricht. Auch die Außenwirkung der „Afghanistan“-Abstimmung könne weitere Folgen gehabt haben. Zwar habe DIE LINKE, so schreibt es Kahrs, vorübergehende Gewinne in den jungen urbanen Milieus, aber dies allein genüge nicht.

So hat das „Sofortprogramm“ der LINKEN zwar herausgestellt, welche hohen Übereinstimmungen es zwischen SPD, Grünen und LINKEN gäbe, um für einen tatsächlichen Politikwechsel auf der Bundesebene zu sorgen. Aber das beinhaltete natürlich auch die Gefahr, dass man dann lieber doch SPD oder Grüne wählen würde, um den Regierungsauftrag nicht zu gefährden. Analysen der Wählerwanderungen belegen dies.

Viel muss DIE LINKE nun aufarbeiten. Es fehle nicht an Überlegungen für eine mittelfristige Strategie, heißt es bei Horst Kahrs, „aber an einem strategischen Zentrum, welches die tonangebenden Parteiaktivisten“ versammeln könne.

Eine Analyse der Situation der LINKEN werde es auch im Barnim geben, betont Isabelle Czok-Alm, Kreisvorsitzende der LINKEN und Direktkandidatin in Barnim-Nord und Uckermark für den Bundestag. „Aber ersteinmal bedanke ich mich bei allen, die DIE LINKE im Barnim gewählt haben, bei allen, die seit Jahren ehrenamtlich Politik der LINKEN vertreten.“ **bc**

Die Wahlanalyse von Horst Kahrs auf: <https://www.dielinke-barnim.de/politik/aktuell/> Oder direkt:



Abtreibungen müssen sicher, kostenfrei und legal sein

Ein 150 Jahre altes Thema ist immer noch aktuell

Gestern gab es wieder einen mehr oder weniger unbekanntem Gedenktag, den „Safe Abortion Day“. Denn noch immer ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Frauen in Deutschland sich selbstbestimmt und straffrei für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden dürfen. „Die DDR war fortschrittlicher, denn sie überließ den Frauen die Entscheidung über eine Abtreibung bis zur 12. Schwangerschaftswoche und die Verantwortung darüber vollständig sich selbst“, erklärt die frauenpolitische Sprecherin der Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN, Bettina Fortunato. „Seit 1992 muss für eine straffreie Abtreibung, die grundsätzlich nur bis zur 12. Schwangerschaftswoche möglich ist, ein verpflichtendes Beratungsgespräch einschließlich einer dreitägigen Wartezeit absolviert werden. Das spricht den Frauen ab,

sich selbstbestimmt, mündig und verantwortungsvoll für eine Abtreibung zu entscheiden und versetzt sie im Beratungsgespräch in eine würdelose und bevormundende Situation“, erklärt Fortunato.

„Diese gesamte Entwicklung, einen Schwangerschaftsabbruch vorrangig als Straftatbestand zu bewerten, führt dazu, dass dieses Thema bereits in der fachärztlichen Ausbildung stiefmütterlich behandelt wird“, betont Gesundheitsminister Ronny Kretschmer. „Das hat zur Folge, dass der Eingriff nicht immer medizinisch fehlerfrei ausgeführt wird. Immer weniger Praxen und Kliniken halten überhaupt ein Angebot bereit. Allein eine erklärende Information auf der Website, macht die Ärzteschaft zu Straftätern. Das kann und darf nicht länger mehr so sein.“

DIE LINKE wird sich deshalb weiter dafür stark machen, dass



Seit 150 Jahren gibt es den §218 im Strafgesetzbuch. Seit 150 Jahren sind Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland verboten. Auch wenn Änderungen Abbrüche zwar erleichtert haben, bleibt ein Schwangerschaftsabbruch eine Straftat. Damit gibt es noch immer eine Austragungspflicht. Echte Wahlmöglichkeit ist aber nur ohne Zwang möglich. Quelle Bild: Linksfraktion im Bundestag.

Frauen das Recht auf eine freie Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch sowie über umfängliche und zugängliche Informationen und für eine sichere medizinische Versorgung erhalten. „Kri-

minalisierung und Würdelosigkeit dürfen weder in der medizinischen Praxis noch im Gesetzbuch länger geduldet werden“, betonen die beiden Politiker:innen der LINKEN. **pm**

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
3. Oktober